

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsendern und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 20. Oktober 1931 Nummer 174

Rote Einheitsfront gegen Naziterror!

Proletarischer Selbstschutz gegen Faschismus

Erklärung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD zu den Braunschweiger Ereignissen

Der Braunschweiger Aufmarsch der Hitlerpartei führte zu einem organisierten Überfall der nationalsozialistischen Terrorbanden auf die Arbeiterviertel der Stadt Braunschweig. Trotz des heldenmütigen Widerstandes der Arbeiterschaft, bei dem sich auch sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerkameraden in proletarischer Einheitsfront, Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Sturmtruppe der Hitlerpartei zur Wehr setzten, forderte der organisierte Faschistenterror zwei Tote und weit über hiebzig zum Teil schwer Verwundete.

Auf das Inflationsverbrechen von Harzburg auf das dortige Komplott der Hitler, Hugenberg und Schacht zur Herbeiführung der Inflation, folgten die neuen blutigen Arbeitermorde in Braunschweig. Dieses Verbrechen der Mordkolonnen muß tiefste Empörung und

antifaschistischen Abwehrkampf

auslösen. Die Tatsache, daß der Reichsinnen- und Wehrminister Groener die Hitlerhorden des Reichsbanners und der sozialdemokratischen Arbeiter mit der offenen Ablehnung jedes Einschreitens gegen die Hitlerpartei beantwortete, muß jedem sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter die Augen über die Verlogenheit der Regimenter der sozialdemokratischen und ADGB-Führer öffnen, wonach die Brüning-Groener-Regierung ein Schutzwall gegen den Faschismus ist. Die sozialdemokratische Tolerierungspolitik bahnt den Hitler-Hugenberg den Weg. Das ist die wirkliche Lehre, die die Arbeiterschaft aus den Braunschweiger Ereignissen ziehen muß.

Der verstärkte Mordterror der Nazis in Braunschweig erfolgt in engstem Bündnis mit der neuen Kapitalsoffenfront gegen die werktätigen Massen des deutschen Volkes. Mit dem Terror der SA-Banden soll die Widerstandskraft gegen die Unternehmerrassentiere zerstückt und die Einheitsfront zur Führung des Massenkampfes zersplittert werden.

Gegen den Faschismus gibt es nur einen Weg, den revolutionären Klassenkampf. Ihr irreführenden werttätigen Anhänger der Nazipartei, laßt euch nicht länger im Dienste von Hitler und Hugenberg gegen eure Klassenossen misshandeln. Euer Kampf ist nicht bei Hitler und Hugenberg, bei den Inflationsverbrechern und Arbeitermördern, sondern in der roten Klassenfront. Der wiederholte Überfall in Braunschweig gegen das revolutionäre Proletariat muß der Anlaß zur Sammlung aller proletarischen Kräfte zum Abwehrkampf gegen den Faschismus sein.

Schließt das brüderliche Kampfbündnis der kommunistischen Arbeiter mit allen Werktätigen. Antwortet auf den faschistischen Mordterror mit der

entschlossenen roten Einheitsfront

der Arbeiterklasse. Schafft in allen Arbeitervierteln, in allen Häuserblöcken den proletarischen Selbstschutz auf überparteilicher Grundlage. Organisiert in allen Betrieben Betriebswehren, auf allen Arbeitsämtern und Stempelstellen Schutzkassen die sich zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf vereinigen. Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbotens. Es lebe die revolutionäre Einheitsfront! Es lebe der Klassenkampf!

Zentralkomitee der KPD

Wie Hitlers Horden hausten

2 Tote, 70 Verletzte in Braunschweig

Das bürgerliche Berliner Tagesblatt von gestern schreibt:

„In der Nacht zum Sonntag erlief ein seitdem Mörder Hitlermann aus Hauen, Heimann, den 27-jährigen Arbeiter Fischer, und am Sonntagmorgen schossen mit Wasser versehenen SA-Leute in eine Menge von Arbeitern, von denen der Kommunist Engelle Vater von fünf Kindern so schwer verletzt wurde, daß er seinen Verletzungen in der letzten Nacht erlegen ist... Die bisherige Bilanz sind zwei tote Arbeiter, die auf das Schuldkonto der Seitenkrenzer fallen und über 70 minder oder schwer Verletzte.“

Der gestrige Abend-Vorwärts schreibt u. a.:

„Die Empörung über die Terrorakte der Hakenkreuzler ausschließlich in Arbeitervierteln ist groß. Die Arbeiterstrahlen zeigen noch heute die Spuren der Verwüstung und heftiger Kämpfe. Niemand stand Arbeiter, einerlei ob Reichsbanner oder Rot-Front-Leute, zusammen in Abwehr gegen die Hitlerhorden, die nicht davor zurückschreckten, in die Fenster der niedrigen Häuser zu schießen, hinter denen in Betten und Wiegen kleine Kinder lagen. Mehrere Kinder und Frauen wurden durch eingeschlagene Fensterhebeln verletzt. Ganze Straßenzüge waren terrorisiert. Die SA-Leute schossen in die Häuser und zerstörten auf den Straßen die Lichtleitungen.“

Kommentar überflüssig!

Genosse Goldhammer frei!

Werbt verstärkt für Arbeiterstimme und Volkscho!

Dresden, 20. Oktober.

Genosse Bruno Goldhammer, der vor 8 Wochen bei einer Polizeikontrolle gegen Kommunistische Partei und Arbeiterstimme verhaftet wurde, ist heute vormittag aus der Unterherrschaft entlassen worden. Unser Genosse hatte kurz vor seiner Verhaftung ein Jahr wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ auf Festung in Auerbach gesessen.

Die Dresdner Polizei verfuhr nunmehr mit Hilfe des Vertrügers Kronberg einen neuen Schlag zu führen. Bereits in der Voruntersuchung, die erst Ende voriger Woche begann, brach jedoch der entscheidende Teil der erhobenen Beschuldigungen zusammen, so daß der Oberreichsanwalt selbst die sofortige Haftentlassung anordnete. Die Voruntersuchung führte der Dresdner Landgerichtsdirektor Dr. Tschulte, die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Gen. Dr. Helm.

Wir begrüßen den Genossen Bruno Goldhammer in unseren Kampfreihen. Der Schlag der Klassenjustiz gegen ihn in seiner Eigenschaft als Redakteur der Arbeiterstimme richtet sich gegen die immer größere Massenwirkung der kommunistischen Presse und muß von allen Genossen beantwortet werden mit erhöhter Werbung für Arbeiterstimme und Volks-Cho!

Polizeimethoden gegen SAZ Dresden

Oppositionelle SAZler, entscheidet euch: Her zum KPD!

Dresden, 20. Oktober.

Am Sonntag fand in Dresden eine außerordentliche Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Ostsachsens statt. Kunze gab einen Bericht, in dem er zugab, daß in Dresden, Freital, Jitzau und im Oberelbegebiet über 1000 oppositionelle SAZler ausgetreten oder ausgeschlossen sind. Gleichzeitig erklärte er, daß es gelungen sei, den oppositionellen Mitgliedern die Jugendheime abzutreiben (!) und die Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung zu unterbinden. (!) Weiter drohte dieser Häufung von Weis und Odenhäuser mit der Klassenjustiz durch Feststellungslage gegen oppositionelle SAZ-Mitglieder. (!)

Ähnliche getriggerte Meldung enthält insofern ein Widerspruch, daß nicht 200 SAZler zur SPD zurückgekehrt sind, sondern

1000 sind noch in der Odenhäuserorganisation verblieben. Die Mehrheit der oppositionellen SAZ-Mitglieder steht noch im härtesten Kampf gegen den Odenhäuser-Arzt-Edel-Terrorismus.

Jabian versucht einen „sozialistischen Jugendverband“ als Jugendgruppe der SAP zu schaffen. Hellmuth Wagner grenzt sich bis jetzt davon ab und klagt nur über seinen Ausschluss aus der SPD. Die oppositionellen SAZ-Kameraden müssen konsequent den Weg der Genossen Grete Baumgarten gehen, die als ehemalige Bezirksvorsitzende der SAZ Widerstand zum kommunistischen Jugendverband übergetreten ist. Genossin Baumgarten spricht am Sonntag dem 20. Oktober in Dresden im Ausstellungspalast. Wir laden hierzu alle SAZ-Mitglieder brüderlich ein!

Arzt und Heilgehilfe

Der „vergewaltigte Seydelwih“

Dresden, 20. Oktober

„Tolerieren bis zum Krepiere“. Das ist das Ergebnis der letzten Reichstagswahl. Die „Dresdner Volkszeitung“ frohlockt: „Brüninge Abwehrlöcher“. Der „Vorwärts“ polaut: „Auf der Linie der Demokratie zum Sozialismus. Schamlos und zynisch verberlichen die Stamper und Grösch den neuesten Arbeitererrat. Brüning hat mit Hilfe

Furchbare Gruben-Katastrophe

(Näheres Seite 2 und 6)

der Sozialdemokratie und den zwei wirtschaftsparteilichen Bündnissen einen „Sieg“ errungen. Mit welchen Kosten wurde dieser Fortschritt erkungen?

Brüning hat keine Mehrheit; aber die Industrie arbeitet nur zu 30 Prozent. Herr Brüning hat keine Mehrheit; aber jeden Tag steigt die Arbeitslosigkeit. Herr Brüning hat keine Mehrheit und führt mit Hilfe der Notverordnungsdiktatur neuen Lohn- und Gehaltsabbau durch. „Brüning ist „gerettet“. Aber die Krise verschärft sich. Die grauenhafte Not des werktätigen Volkes wächst.

Die Regierung Brüning-Groener ist die verkleidete Militär-diktatur. Brüning bahnt Hitler den Weg. Auf Befehl Hindenburgs soll das Kabinett während der Reichstagsverhandlung weiter nach rechts umgebildet werden. Der Reichswehr- und Innenminister Groener ist die gepanzerte Faust der Diktaturregierung. Der kaiserliche General Groener, der Vertrauensmann des kaiserlichen Feldmarschalls, hat als Vertrauensmann der Hohenzollern vor 15 Jahren die Strafe der Munitionsbombe niedergeworfen. „Wer streift ist ein Hundstot!“ Trotz alledem. Die Breitscheid und Weis „geben lieber hundertmal mit Groener, als einmal mit den Kommunisten“.

Durch die letzte Notverordnung ist ganz Deutschland unter Besagerungs-zustand gestellt. Die Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit für Arbeiter ist aufgehoben. Das alles unter aktiver Mithilfe der sozialdemokratischen Führer. Der Gummitüppel herrscht in Deutschland. Die sozialfaschistischen Führer haben das Proletariat nicht durch Demokratie zum Sozialismus, sondern über die bankrotte bürgerliche Demokratie zum Faschismus geführt. Die Sozialdemokratie hat zugestimmt, daß Brüning den Reichstag in den Winter schiebt. Die SPD-Führer haben der faschistischen Regierung Blankovollmacht für den kommenden schweren Winter gegeben.

Das neue Verbrechen der SPD-Führer vom 16. Oktober ist ein neues Kalnszeichen auf der Stirn der Breitscheid und Weis. Die Tolerierung der Reichswehrdiktaturregierung ist eine neue Etappe des Sozialfaschismus. Die Brüningsozialisten werden auch eine kommende Jugenderregierung schließen. Selbst die letzte Nummer der „Fackel“ muß feststellen: „Die Reichstagsdebatte wird mit dem Sieg der Regierung enden, in der der Innen- und Wehrminister, nicht der Kanzler führt. Um das angeblich „größere Uebel“, daß Hugenberg